

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9033/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Professor Dr. Horst Ehmke
MdB zum Scheitern von
Reykjavik: Bonn ist mit-
verantwortlich.

Seite 1

Klaus-Henning Rosen zum
Wahrfolg des Ex-SS-Manns
Schönhuber in Bayern: Das
Werben um die „Anständigen
und Tapferen“.

Seite 4

Dokumentation
Wurde Rheinland-Pfalz nur
von CDU-Leuten aufge-
baut? - Diese Frage stellen
prominente Sozialdemokra-
ten Ministerpräsident Vogel
(CDU) im Hinblick auf eine
Selbstdarstellung der Landes-
regierung.

Seite 6

41. Jahrgang / 196

14. Oktober 1986

SDI brachte Reykjavik zum Scheitern

Mit ihrer Unterstützung des „Krieg-der-Sterne“-Projekts hat
sich Bonn mitschuldig gemacht

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Reykjavik hat gezeigt: Mit schönen Worten und Absichtserklä-
rungen kann der Rüstungswettlauf nicht gestoppt werden.

Präsident Reagan war nicht bereit, auf sein ehrgeiziges „Krieg-
der-Sterne“-Projekt zu verzichten. Dafür hat er einen hohen
Preis gezahlt. Er hat die Chance vertan, Abrüstungspolitik nach
vielen Jahren der Stagnation zum Durchbruch zu verhelfen
und die Zahl der Nuklearwaffen drastisch zu reduzieren. Dabei
mehren sich selbst in den USA die Stimmen der Kritiker am
SDI-Projekt. Kaum ein Experte will so recht an dessen Sinn und
Durchführbarkeit glauben. Der amerikanische Kongreß hat
die Gelder für das Projekt bereits drastisch zusammengestrichen.
Weitere Kürzungen sind zu erwarten.

In Reykjavik wären entscheidende Kompromisse möglich ge-
wesen. Daß er sie nicht nutzte, wird Präsident Reagan vor der
Weltöffentlichkeit und der Geschichte verantworten müssen.
Die sowjetische Seite hatte wichtige Konzessionen angeboten:

- Erlaubnis zur SDI-Forschung, jedoch nur in Labors. Ein
vernünftiges Angebot, das das Problem der Überprüfung
einer solchen Vereinbarung zufriedenstellend gelöst, die
Option der Forschung offengelassen und einseitige Vorteile
verhindert hätte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigt
aus dem
Kopierpapier



- Ein umfassendes Atomteststoppabkommen. Ein solches Abkommen zu erreichen, war lange Zeit Anliegen des Westens.
- Reduzierung der europabezogenen Mittelstreckenraketen auf Null. Ein Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa war in greifbare Nähe gerückt.
- Eine drastische Reduzierung der strategischen Offensivwaffen. Das war eine zentrale amerikanische Forderung in den SALT- und START-Verhandlungen.

Eines aber konnte und wollte die Sowjetunion nicht zulassen: Das durch die Entwicklung und Erprobung ein neues gigantisches Wettrüsten, diesmal unter Einbeziehung des Weltraums, in Gang gesetzt wird. Solange sie nicht sicher ist, daß sie bei diesem Rennen mithalten kann, wird sie sich die Möglichkeit, ihrerseits die Zahl der Offensivwaffen zu erhöhen, offenhalten.

Präsident Reagan beharrte auf Feldtests und der Erprobung von SDI. Damit hat er nicht nur den Gipfel von Reykjavik zum Scheitern gebracht, er stellt sich auch in klaren Widerspruch zu den Bestimmungen des ABM-Vertrags, der Entwicklung und Erprobung neuer ABM-Systeme verbietet.

Von den Versprechungen des Gipfeltreffens in Genf ist offensichtlich nichts mehr übrig geblieben. Keine Rede mehr davon, daß das Wettrüsten im Weltraum verhindert und auf Erden beendet werden soll. Für den Traum eines unverwundbaren Amerikas mit Waffen, die aus einem Science-Fiction-Roman stammen könnten, gibt der amerikanische Präsident die reale Möglichkeit aus der Hand, jetzt durch konkrete Abrüstungsvereinbarungen den Frieden zu sichern.

Die Bundesregierung versucht jetzt, das Treffen von Reykjavik wider besseres Wissen doch noch als einen Erfolg zu verkaufen. Sie muß das tun. Schließlich hat sie durch ihr Engagement und ihre Unterschrift unter die SDI-Vereinbarungen die politische Mitverantwortung für das erneute Wettrüsten übernommen.

In ihrem Bemühen, Reykjavik doch noch zum Erfolg umzumünzen, scheut sie sich nicht vor dreisten Verfälschungen. Sie läßt durch ihre SDI-Protagonisten erklären, die Sowjetunion verfüge bereits über ein SDI-System und die Terminierung eines erneuten Gipfeltreffens habe in Reykjavik ohnehin

nicht auf der Tagesordnung gestanden. Will die Bundesregierung die Öffentlichkeit für dumm verkaufen? Hier wird offensichtlich der Versuch unternommen, das im ABM-Vertrag von 1972 erlaubte Raketenabwehrsystem der Sowjetunion zu einem SDI-System hochzustilisieren, um damit über den Verhandlungsdilettantismus hinwegzutäuschen, mit dem sich die Bundesregierung in Sachen SDI vor aller Welt gründlich blamiert hat.

Die SPD hat die Bundesregierung in Sachen SDI mehrfach eindringlich gewarnt. Wir haben auf die Folgen der SDI-Vereinbarungen für die Perspektiven der Abrüstungspolitik wie für den deutschen Osthandel hingewiesen. Wir haben vor der Aushöhlung des ABM-Vertrages gewarnt. Die Bundesregierung hat dieses Problem mit schönfärberischen Formeln überdeckt.

Wir haben vorausgesagt, daß ohne einen Verzicht auf SDI keine Vereinbarung über eine Verminderung der Nukleararsenale möglich sein würde. Die Bundesregierung hat versucht, dieses Argument mit dem für sie typischen Optimismus vom Tisch zu wischen. Statt ihren Einfluß in der NATO zu nutzen, die USA zu stärkeren Konzessionen im Bereich von Abrüstung und Rüstungskontrolle zu bewegen, hat die Bundesregierung unter Führung des rechten Flügels der CDU/CSU-Fraktion für die Mittelstreckenverhandlungen sogar neue Hürden aufgebaut, die eine Einigung in Genf zusätzlich erschweren.

Für Frieden und Abrüstung, für die gesamte Menschheit, war der 12. Oktober ein schwarzer Tag. Aber dabei kann und darf man nicht stehenbleiben. Die SPD wird alles tun, um ihrerseits einen Beitrag zu Entspannung und Dialog zu leisten. Wir werden uns verstärkt bemühen, die Defizite der Bundesregierung auszugleichen. Wir werden unsere Bemühungen für eine zweite Runde Ostpolitik, für Fortschritte in Abrüstung und Rüstungskontrolle, für verstärkte politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit in Ost und West fortsetzen. (-/14.10.1986/rs/ks)

* * *



Das Werben um die „Anständigen und Tapferen“

Der Ex-SS-Mann Schönhuber hat mit seinen „Republikanern“ in Bayern einen alarmierenden Erfolg

Von Klaus-Henning Rosen

I.

Jetzt habe ich geredet - und alle kamen. Der Stolz stand dem 63jährigen Spitzenkandidaten im bayerischen Landtagswahlkampf und Bundesvorsitzenden der Republikaner (REP), Franz Schönhuber, ins Gesicht geschrieben, als er am Sonntag abend und gestern den Journalisten das überraschend gute Abschneiden seiner gerade drei Jahre alten Partei erläuterte. 341.977 Bayern hatten dem wortgewaltigen früheren Stellvertreter des Bayernrundfunk-Chefs ihre Stimme gegeben, das reichte für drei Prozent und nötigte den etablierten Parteien Respekt und Sorge ab, denn so viel hatten sie ihm nicht zugetraut.

Die Republikaner selbst hatten sich sogar vor Wochen noch höher taxiert - 3,5 Prozent hielt Schönhuber vor Wochen für realistisch, 1983 waren es noch fünf Prozent. Daß drei Prozent nicht das Ende sein müssen, haben Einzelergebnisse deutlich gemacht: 7,6 Prozent in Rosenheim (Wahlkreis von Schönhuber), 7,2 Prozent im Wallfahrtsort Altötting, 6,9 Prozent in Bayreuth, sogar 4,4 Prozent in der Arbeiterstadt Fürth.

Wenn man überall so guten Wahlkampf wie in Rosenheim habe machen können, hätte es für mehr gereicht, meinte denn auch der Sprecher der Republikaner, Harald Neubauer. Der gelernte Journalist ist Schönhubers engster Berater, bis vor drei Jahren war er Mitarbeiter im Presseimperium von Gerhard Frey, nach dem Blick in das Innenleben des Millionenunternehmens trennte er sich von ihm.

II.

Die Vergangenheit des Kandidaten Franz Schönhuber ist keineswegs gerade. Nach dem Abitur meldete er sich 1942 freiwillig zur SS-Leibstandarte Adolf Hitler. Was er bei dieser „Familie“ erlebte, hat er später in einem Erinnerungswerk „Ich war dabei“ niedergelegt. Obwohl er behauptet, für die Truppe zu dünnhäutig gewesen zu sein, weil ihm bei Exekutionen übel wurde, lobt er die Kameradschaft und den Faschismus: „Das Blut, das wir im Osten vergießen, öffnet uns die Tore nach Europa.“

Diese und ähnliche Worte kosteten 1982 den Schönhuber Franz nicht nur den Ehrenvorsitz im Bayerischen Journalistenverband (dessen Vorsitzender er von 1970 bis 1977 gewesen war), sondern vor allem sein Amt im Bayerischen Rundfunk. Dessen Chef Reinhard Vöth, selbst sehr weit rechts angesiedelt, waren solche Sprüche seines Vize zuviel, obwohl dessen Diskussions-Sendung „Jetzt red' i“ sich großer Beliebtheit erfreute. Die Kündigung, hinter der Schönhuber eine „jüdische Verschwörung“ witterte, war freilich juristisch nicht einwandfrei, was dem Bayernfunk in einem arbeitsgerichtlichen Verfahren, das Schönhuber anstrebte, eine Nachzahlung von 180.000 DM im Vergleichswege eintrug.

Der Weg von Franz Schönhuber in den Bayerischen Rundfunk war keineswegs geradlinig gewesen. Nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft und Entnazifizierung hatte er sich zunächst nach links



gewandt. 1953 war er als freier Mitarbeiter der der verbotenen KPD nahestehenden „Deutschen Woche“ bei den kommunistischen Weltjugendfestspielen in Bukarest. Später brachte man ihn mit der linken SPD in München in Verbindung, ehe er in den späten 60ern zum Freund von Franz Josef Strauß aufstieg, was ihm 1978 das Amt beim Bayernfunk eröffnete.

Nach seinem Rauswurf schloß sich Schönhuber 1983 den von den abtrünnigen CSU-Abgeordneten Handlos und Voigt gegründeten „Republikanern“ an. Er wurde alsbald Stellvertreter des Vorsitzenden, schon 1985 aber kam es zum Krach und die Handlos-Fraktion schloß Schönhuber aus, weil er versucht habe, die Partei mit NPD-Mitgliedern zu unterwandern. Im Rechtsstreit um den Rauswurf bekundete der Sprecher Neubauer, der Bundesvorsitzende Handlos sei zum Zeitpunkt seines Kraftaktes bereits von seinem Parteiamt zurückgetreten. Schönhuber blieb also drin, Handlos gründete die nicht sehr erfolgreiche „Freiheitliche Volkspartei“. In der Folge wurde Schönhuber Vorsitzender der Republikaner, nachdem sich auch der Mitgründer Voigt abgesetzt hat.

III.

Schönhubers Wahlkampf richtete sich an die „Anständigen und Tapferen“, denen er die Zukunft versprach. Ob er dabei den anständigen Deutschen erreichen wollte, scheint fraglich, denn seine Themen hatten eher Stammtischniveau. Willkommen war ihm die von der CSU/CDU-Regierung angefachte Asyldebatte, in der er für „Ausländer raus“ plädierte. Den Belzebub hatte er überdies bei den Grünen entdeckt („Fehlgeburt zwischen Leninismus und Marxismus“ - was immer das sei), in denen er „die Vorreiter der Blutspuren“ sah. Womöglich kam hier SS-Vergangenheit durch, seinen Wählern aber gefiel es offenbar. Ziel seiner Bewegung sei es, verkündete Schönhuber, „gegen die moralische Versumpfung unseres Volkes zu arbeiten“. Unterstützung für solche Parolen fand er sicherlich bei ehemaligen CSU-Wählern; er glaubt aber, auch bei Randwählern der SPD. Daß ein Franz Schönhuber Nutznießer der Wende ist, scheint zweifelsfrei.

Sein Wahlergebnis gibt gleichwohl jenen Auftrieb, die von einer rechten Sammlungsbewegung träumen, die einem Le Pen gleich die deutsche Rechte einen. Zählt man allerdings deren Stimmen zusammen - die NPD verlor Stimmen und scheiterte trotz viel radikalerer Töne bei 0,5 Prozent -, so fehlt noch manches, um die Fünf-Prozent-Träumgrenze zu erreichen. Dennoch: die 1982 eingeläutete Wende ist nach dem Bekenntnis ihrer Vorkämpfer noch nicht vollendet. Und wer weiß, ob nicht Diskussionen wie die um Nation und Revision der Geschichtsschreibung den Rechtsextremisten in die Hände arbeitet.

Es wäre verfehlt, wie es die SPD jetzt tut, allein die Asyldebatte für Schönhubers Erfolg verantwortlich zu machen. Dazu ist das Ergebnis zu vielschichtig. Besonders gute Ergebnisse brachten ihm Oberbayern und Mittelfranken, in Unterfranken, aber auch Schwaben fand er weniger Anklang.

(-/14.10.1986/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Wurde Rheinland-Pfalz nur von CDU-Leuten aufgebaut?

Im Hinblick auf das 40jährige Bestehen des Landes Rheinland-Pfalz im nächsten Jahr haben Männer der ersten Stunde aus den Reihen der SPD in einem Brief an Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) dagegen protestiert, daß der Aufbau des Landes in einer Publikation der Regierung als Werk von CDU-Leuten dargestellt wird. Unterzeichnet wurde der Brief vom Mainzer Oberbürgermeister Jöckel Fuchs, dem ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden im Mainzer Landtag, Karl Thorwirth, dem ehemaligen Landtagsabgeordneten und früheren Bürgermeister von Trier, Hans König, und dem Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Dr. Werner Ludwig.

„Zum 40jährigen Bestehen des Landes Rheinland-Pfalz im Jahre 1987 sind Zeitzeugen aus allen politischen und gesellschaftlichen Lagern darangegangen, unter dem Titel ‚Rheinland-Pfalz persönlich‘ diese vier Jahrzehnte Geschichte zu dokumentieren, zu schreiben. Auch wir als Sozialdemokraten, die diese 40 Jahre aktiv miterlebt haben, schrieben hierzu einen Beitrag. Keiner hat sich dieser Aufgabe entzogen. Jeder möchte, daß die Geschichte unseres Landes in ihrer Vielfalt und ihrem Reichtum möglichst objektiv festgehalten wird, und jeder empfindet Stolz und Genugtuung, dabei gewesen zu sein.

Um so enttäuschter, ja empört sind wir über die Tatsache, daß Sie zum gleichen Thema, bezeichnender Weise an den Akt der Besatzungsmächte anknüpfend, im ‚Report Rheinland-Pfalz extra‘ vom September 1986 billigen parteipolitischen Mißbrauch mit der Geschichte unseres Landes getrieben haben. Dieser Report verfälscht nicht nur die Vergangenheit, in dem er den Eindruck erweckt, als sei Rheinland-Pfalz ausschließlich von CDU-Männern und -Frauen aufgebaut worden; er belastet vielmehr auch die Zukunft, die nicht von einer Partei allein dominiert gestaltet werden kann und darf.

Wollen Sie wirklich aus dem Bewußtsein verdrängen, daß die CDU ohne die Sozialdemokratische Partei noch viele Jahre an dem unseligen Konfessionsschulstreit zu tragen gehabt hätte, ohne dessen Beendigung Rheinland-Pfalz nie zu einer Einheit hätte werden können.

Wollen Sie wirklich aus der Erinnerung verdrängen, daß ohne die Sozialdemokratische Landtagsfraktion jene gewaltige Aufgabe der Gebiets- und Funktionalreform nicht bewältigt worden wäre, jene Reform, die Sie heute so häufig als ein Glanzstück rheinland-pfälzischer Politik bezeichnen.

Wollen Sie wirklich aus der Erinnerung verdrängen, welche unersetzlichen Beiträge zum Aufbau des Landes durch Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen oder andere gesellschaftliche Gruppen geleistet worden sind.

Auch Wahlkampfzeiten, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sollten für einen Regierungschef nicht Anlaß sein, die historischen Leistungen vieler Männer und Frauen zu verschweigen und zu unterdrücken, nur um den eigenen Beitrag besonders hervorzuheben.

Wir würden es begrüßen, wenn dieser Brief Sie zum Nachdenken veranlassen würde darüber, ob ein Ministerpräsident die Geschichte unseres Landes in so parteiischer einseitiger Form darstellen kann und darf.“

(-/14.10.1986/rs/ks)

